

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin: Donnerstag, 18.06.2020
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 19:40 Uhr
Ort, Raum: Stadthalle Merzig, Großer Saal, Zur Stadthalle 4, 66663 Merzig

Anwesend

Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

CDU-Fraktion

Alexander Boos	CDU
Johannes Ehm	CDU
Dr. Detlef Nikolaus Hans	CDU
Simon Tinnes	CDU
Ulrike Biermann	CDU
Matthias Görgen	CDU
Manfred Klein	CDU
Axel Ripplinger	CDU
Angelika Conrad	CDU
Stefan Dorbach	CDU
Hans-Joachim Horf	CDU
Jürgen Auweiler	CDU
Dr. Manfred Kost	CDU
Maria Bänsch	CDU

SPD-Fraktion

Martin Dyck	SPD
Tina Fischer	SPD
Wolfgang Klose	SPD
Caroline Ney	SPD
Sebastian Palz	SPD
Silvia Prinz	SPD

Manfred Klein	SPD
Nikolaus Lorenz	SPD
Martina Holzner	SPD
Giuseppe D`Auria	SPD
Arndt Oehm	SPD

Fraktion B'90/Die Grünen

Elina Santo	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Heinz Temmes	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Johannes Weiten	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Klaus Borger	Bündnis '90/DIE GRÜNEN

DIE LINKE-Fraktion

Hannah Spanier

bis TOP 9, 18.35 Uhr

FWM-/FDP-Fraktion

Bernhard Morbe	FREIE WÄHLER Merzig
Hermann Schuh	FREIE WÄHLER Merzig
Karsten Thomaser	FDP

Ortsvorsteher

Helmut Hoff	CDU
Matthias Hurth	CDU

Verwaltung

Jan Weber
Thomas Klein
Daniel Barth
Nicole Leinen
Lydia Müller
Werner Gasper
Hermann Friedrich
Arno Jung
Christian Bies
Christian Wurzer
Brigitte Theisen
Thomas Neusius

Abwesend

CDU-Fraktion

Doris Darimont-Doll	CDU	entschuldigt
Therese Schmitt	CDU	entschuldigt
Thomas Klein	CDU	entschuldigt

<u>DIE LINKE-Fraktion</u>		
Frank Hackenberger	DIE LINKE	entschuldigt

<u>AfD-Fraktion</u>		
Jörg Ulrich Gruhn	AfD	entschuldigt
Dieter Leistenschneider	AfD	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

	Eröffnung der Sitzung	
1	Einwohnerfragestunde	
2	Sitzungen der städtischen Gremien: Aufhebung des Beschlusses vom 23.04.2020; außerdem: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.06.2020	2020/504
3	Antrag auf Gewährung von Zuweisungen nach §§ 11 und 12 Saarlandpaktgesetz	2020/514
4	Wiederholte Bestellung des Geschäftsführers der Stadtwerke Merzig GmbH	2020/476
5	Notwendige Instandsetzung der Stromversorgung auf dem Stadthallenparkplatz	2020/503
6	Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen Kiga-Jahr 2020/21	2020/408-001
7	Änderung der Satzung für Kindertageseinrichtungen in der Kreisstadt Merzig	2020/462
8	Auflösung des Vertragsverhältnisses mit dem Zertifizierer "Naturland"; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion	2020/484
8.1	Auflösung des Vertragsverhältnisses mit dem Zertifizierer "Naturland"; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion	2020/484-001
8.2	Auflösung des Vertragsverhältnisses mit dem Zertifizierer "Naturland"; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion	2020/484-0-001
9	Abschluss eines Durchführungsvertrages im Stadtteil Merzig	2020/500
10	Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnbebauung Merchinger Straße 9-11" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig; hier: Satzungsbeschluss	2019/225

- | | | |
|----|---|----------|
| 11 | Aufstellung der Ergänzungssatzung "Zum Saargau" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Büdingen; hier Satzungsbeschluss | 2020/422 |
| 12 | 1. Teiländerung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan "Aldi-Filiale Merzig, Rieffstraße" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig; Einleitung eines Satzungsverfahrens | 2020/482 |
| 13 | 1. Teiländerung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan "Aldi-Filiale Merzig, Rieffstraße" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig; öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden | 2020/483 |
| 14 | Aufstellung des Bebauungsplans OD-Merzig-Los C; hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB | 2020/498 |
| 15 | Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Wohnen am Gesundheit-Campus" Im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig; hier: Einleitungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB | 2020/499 |
| 16 | Mitteilungen, Anfragen und Anregungen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|--------|---|--------------|
| 17 | Grundstücksangelegenheiten | |
| 17.1 | Gebäude "Trierer Str. 83" im Stadtteil Merzig | 2019/041-001 |
| 17.2 | Auswahl eines Bieters zum Kauf des Grundstückes mit dem aufstehenden Gebäude ehemaliges Feuerwehrgerätehaus im Stadtteil Schwemlingen | 2020/469 |
| 17.2.1 | Auswahl eines Bieters zum Kauf des Grundstückes mit dem aufstehenden Gebäude ehemaliges Feuerwehrgerätehaus im Stadtteil Schwemlingen | 2020/469-001 |
| 17.3 | Grundstückstausch im Rahmen der Fremdwasserentflechtungsmaßnahme Hilbringen-Ballern-Fitten | 2020/485-001 |
| 18 | Personalangelegenheiten | |

18.1	Unbefristete Einstellung eines Fachinformatikers	2020/507
18.2	Unbefristete Einstellung einer Sachbearbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit	2020/508
18.3	Unbefristete Einstellung eines verantwortlichen Mitarbeiters im Fachbereich Finanzmanagement	2020/509
18.4	Unbefristete Einstellung einer verantwortlichen Mitarbeiterin im Fachbereich Personalmanagement	2020/510

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

Bürgermeister Hoffeld informiert, dass die Verwaltung empfehle, den Mund-/Nasenschutz während der Sitzung zu tragen. Verpflichtend sei das Tragen, wenn man sich in der Stadthalle bewege. Am Platz sitzend könne auf den Schutz auch verzichtet werden.

Ferner informiert der Vorsitzende, dass Martina Holzner seit 1. Mai 2020 neue Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion sei. Er bedankt sich beim langjährigen Fraktionsvorsitzenden Manfred Klein für die sehr gute Zusammenarbeit.

1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

2 **Sitzungen der städtischen Gremien: Aufhebung des Beschlusses vom 23.04.2020; außerdem: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.06.2020** **2020/504** ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld erinnert, dass in der Sitzung am 23.04.2020 der Beschluss gefasst worden sei – auch aufgrund einer Empfehlung des Innenministeriums – Aufgaben auf den Hauptausschuss zu delegieren. Dieser Beschluss solle im Hinblick auf die relativ geringen Infektionszahlen wieder aufgehoben werden. Der Stadtrat solle aber weiterhin in der Stadthalle und die Ausschüsse im großen Sitzungssaal tagen. Er bitte um Beachtung, dass der in der Vorlage aufgeführte Sitzungstermin des Bauausschusses sich verändert habe. Das Gremium tage bereits am 29.06.2020 (anstatt am 30.06.2020). Auch die SPD-Fraktion habe zu diesem Punkt einen Antrag gestellt.

SPD-Fraktionsvorsitzende Holzner führt wie folgt aus: „Die vorliegende für alle sehr besondere Situation in der Corona-Krise erforderte auch besondere Maßnahmen. Deshalb war es gut und richtig, in der letzten Stadtratssitzung am 23. April den Beschluss zu fassen, dass der Hauptausschuss die Aufgaben der anderen Fachausschüsse übernimmt. Allerdings hat sich in den letzten Wochen viel getan. Die Infektionen sind stark zurückgegangen und auch die neue Rechtsverordnung des Saarlandes, die seit dem 15.06.2020 gilt, enthält viele Lockerungen, die das Infektionsgeschehen zwar im Blick behalten, aber trotzdem wieder den Weg zurück zu mehr Möglichkeiten liefern. Hierzu zählen auch Versammlungen und Veranstaltungen, die wieder in größerem Maß möglich sind. Aufgrund dieser aktuellen Situation hält die SPD-Stadtratsfraktion es deshalb nicht für notwendig, den oben genannten Beschluss des Rates aufrecht zu erhalten. Auch eine Überprüfung des Beschlusses erst Mitte September halten wir aufgrund der aktuellen Rechtslage und des Infektionsgeschehens für verspätet. Deshalb haben wir diesen Antrag zur Rückkehr zum normalen Sitzungsbetrieb

aller Ausschüsse gestellt. Die Stadtverwaltung hat in ihrer Vorlage ebenfalls die Rückkehr zum normalen Sitzungsbetrieb vorgeschlagen. Wir befürworten das Konzept der Stadtverwaltung ausdrücklich, ebenso wie die Vorschläge zum Hygienekonzept. Wir können uns daher der Vorlage der Stadtverwaltung anschließen und diese auch befürworten.“

Ratsmitglied Dr. Hans (CDU) erklärt wörtlich: „Im internationalen Vergleich hat das deutsche Gesundheitssystem bis dato die Corona-Pandemie in einer vorzeigbaren Weise bewältigt. Die Infektions- sowie die Todesfallzahlen in Deutschland belegen im europaweiten und internationalen Ranking einen erfreulich niedrigen Platz und bestätigen, dass das nationale Gesundheitswesen in der Lage war und ist, eine Krise dieses Ausmaßes in Deutschland zu bewältigen. Wir alle können uns erinnern, wie von Seiten der Bevölkerung als auch der Politik die Arbeit im pflegerischen und ärztlichen Bereich, aber auch in allen anderen sogenannten systemrelevanten Berufen geradezu euphorisch gelobt wurde. Mittlerweile können erste Zwischenbilanzen gezogen werden, wobei dies teilweise in sehr kontrovers geführten Diskussionen über Sinn und Unsinn des beschrittenen Weges geschieht. Leider scheint bei den Diskutierenden die Kompetenz oft nicht oder nur unzureichend vorhanden zu sein und eher die mediale Präsenz wichtig zu sein. War initial das Gefühl existentieller Bedrohung vorherrschend, so scheint dies - wenn man die beinahe überbordenden Bestrebungen, Lockerungen möglichst schnell und umfänglich zu etablieren – nicht mehr wahrnehmbar zu sein. Im Dialog über „richtig oder falsch“ fällt auf, dass Konjunktive wie sollte / hätte oder könnte leider nur sehr selten als Katalysatoren einer zielführenden und sinnstiftenden Diskussion taugen. Es ist jetzt die Zeit einer ersten kritischen Analyse und sachbezogenen Aufarbeitung, um Covid19 in seiner Gesamtheit besser verstehen zu können und die Instrumente für den weiteren Umgang mit dem Pandemiegeschehen zu schärfen. Lockerungen und Rückkehr zur Normalität sind wichtig und richtig, aber der Blick auf die Ereignisse in Neukölln, Göttingen, bei Tönnies sowie aktuell in Wallerfangen zeigen eindeutig, dass die Pandemie zumindest zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht überstanden ist und bis zur Option der Etablierung eines ausreichenden Impfschutzes auch weiter mit Vorsicht und Umsicht agiert werden soll. Die CDU-Fraktion unterstützt die Vorlage der Stadtverwaltung, gibt aber zu bedenken, dass Abstand- und Hygieneregeln auch weiterhin zwingend beachtet werden müssen und das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes soll in den von der Bundesregierung genannten Szenarien weiter aufrecht erhalten werden. Oder, wenn ich es sportlich formulieren darf: Der Ball ist noch im Spiel und bis zum Abpfiff dauert es noch ein wenig.“

Grünen-Fraktionssprecher Borger führt wie folgt aus: „Wir als Fraktion gehen einmal davon aus, dass sich der Antrag der SPD-Fraktion durch eine entsprechende Neubewertung der Situation durch die Verwaltung ohnehin erübrigt hätte. Dennoch ist es korrekt zur normalen Gremienarbeit zurückzukehren. Wir hätten uns gewünscht, dass die SPD-Fraktion unseren gleichlautenden Appel in der letzten Stadtratssitzung aufgegriffen hätte. Schon seinerzeit wäre alles so machbar gewesen wie nun vorgeschlagen. Beibehaltung aller Gremiensitzungen, Sitzungen des Hauptausschusses und des Stadtrates in der Stadthalle und Sitzungen der Ausschüsse im großen Sitzungssaal. Die Sicherheitsabstände wären einzuhalten gewesen. Seinerzeit berief sich die Verwaltung auf eine Empfehlung des Innenministeriums, das in seinem Schreiben vom 17.03.2020 ankündigte, dass je nach dem weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie andere Verfahrensweisen geprüft werden müssen. Die Verwaltung begründete ihre damalige Beschlussempfehlung auf dieses Schreiben. Deshalb meine Frage an die Verwaltung: Hat das Innenministerium die Situation zwischenzeitlich neu bewertet (wie in dem Schreiben vom 17.03.2020 angekündigt) und hat die Verwaltung den Antrag der SPD-Fraktion, den wir natürlich unterstützen, entsprechend zur Bewertung vorgelegt? Ansonsten stimmen wir natürlich der Beschlussempfehlung der Verwaltung zu, denn diese greift im Grundsatz das auf, was wir in der letzten Stadtratssitzung vorgeschlagen hatten.“

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass Grünen-Fraktionssprecher Borger in der letzten Sitzung angemerkt habe, dass ihm die Lockerungen der Landesregierung viel zu schnell gingen. Niemand seitens der Landesregierung oder der Kreisstadt Merzig habe zum damaligen Zeitpunkt gewusst, wie die weitere Entwicklung aussehen werde. Vorsicht sei das Gebot der

Stunde gewesen. Danach sollte auch agiert und gehandelt werden. Es gebe – Bezug nehmend auf die von Herrn Borger gestellte Fragen – kein aktuelles Schreiben des Innenministeriums. Die Verwaltung habe sich aber daran orientiert, dass dasselbe Ministerium zwischenzeitlich erlaubt habe, dass Feuerwehrlösungen zulässig seien. Dies sei bis vor wenigen Tagen nicht möglich gewesen. Zugleich seien die Infektionszahlen in Merzig nicht so stark wie befürchtet gestiegen. Nichts desto trotz müsse man weiterhin vorsichtig agieren. Man habe vor kurzem gesehen, wie schnell durch einen einzigen Fall in der Familie die Zahlen wieder ansteigen können.

Beschluss:

Der Beschluss vom 23. April 2020, durch den die Aufgaben der städtischen Gremien auf den Hauptausschuss delegiert wurden, wird mit Wirkung zum Ende der Sommerferien aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	1

-
- 3 **Antrag auf Gewährung von Zuweisungen nach §§ 11 und 12 Saarlandpaktgesetz** **2020/514**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Die Beantragung der Zuweisungen nach §§ 11, 12 Saarlandpaktgesetz wird gemäß § 14 Abs. 3 Nr. 1 Saarlandpaktgesetz beschlossen. Gleichzeitig wird beschlossen, die Mittel zweckentsprechend nach § 13 Saarlandpakt zu verwenden: Die Investitionszuweisungen dienen der Finanzierung von Investitionen; die Mittel aus dem Kommunalen Entlastungsfonds werden für größere Maßnahmen der Gebäudeunterhaltung verwendet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

-
- 4 **Wiederholte Bestellung des Geschäftsführers der Stadtwerke Merzig GmbH** **2020/476**
ungeändert beschlossen

Wie der Vorsitzende erklärt, empfehle er – ebenso wie der Hauptausschuss – ausdrücklich, den Vertrag von Herrn Barth zu verlängern. Die Kreisstadt könne froh sein, einen Geschäftsführer wie Herrn Barth zu haben. Er sei äußerst engagiert, sehr innovativ, er arbeite äußerst lösungsorientiert und er sei mit seinem Team dafür verantwortlich, dass die Stadtwerke Merzig hervorragend aufgestellt seien und trotz schwieriger Rahmenbedingungen in den letzten Jahren gute Ergebnisse erzielt hätten.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler kündigt an, dass die CDU-Stadtratsfraktion der Verwaltungsvorlage natürlich zustimmen werde. Viele Punkte habe ihm Bürgermeister Hoffeld bereits vorweggenommen. Der Geschäftsführer der Stadtwerke Merzig, Daniel Barth, habe in den letzten Jahren eine sehr gute, innovative Arbeit geleistet, die Merzig nach vorne gebracht habe. Auch Themen, wie den Klimawandel, habe Merzig bereits in den letzten Jahren erfolgreich angepackt. Mit vielen Aktionen und Themen, u.a. auch die Energiewende. Er sei froh und dankbar, dass die Stadtwerke Merzig GmbH mit Herrn Barth einen verlässlichen Partner gefunden habe, der bereits weit vorher dieses Thema aufgegriffen habe, sei es durch Windkraftanlagen, Erdgasanlagen oder Photovoltaik, so dass wir bereits heute über 100 Prozent des privat genutzten Stromes in Merzig durch erneuerbare Energien erzeugen. Nicht erst seit heute, sondern bereits seit einigen Monaten und Jahren. Deshalb setze die CDU-Fraktion darauf, dass diese erfolgreiche Arbeit von Herrn Barth weitergeführt werde und stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Klein (SPD) erklärt, dass man gute Leute nach Möglichkeit halten solle. Dies sei im konkreten Fall bei Daniel Barth der Fall. Die SPD-Fraktion begrüße ausdrücklich die vorzeitige Vertragsverlängerung des Geschäftsführers der Stadtwerke Merzig. Herr Barth mache eine sehr gute Arbeit, vor allem teamorientiert. Die Stadtwerke bestünden aus einem guten, motivierten Team. Dafür benötige man einen Mannschaftsführer, der in der Lage sei, sein Team zu führen. Dies sei hier der Fall. Er erachte es als außerordentlich wichtig, dass diese erfolgreiche, innovative Arbeitsweise von Herrn Barth fortgeführt werde. Die SPD-Fraktion bedanke sich bei Herrn Barth und wünsche weiterhin viel Erfolg.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, Herrn Daniel Barth nach Ablauf seiner 3. Anstellungsperiode für weitere 5 Jahre zum Geschäftsführer der Stadtwerke Merzig GmbH zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	0	5

**5 Notwendige Instandsetzung der Stromversorgung auf dem Stadthallenparkplatz 2020/503
ungeändert beschlossen**

Ratsmitglied Weiten (Grüne) regt an, darüber nachzudenken, gleichzeitig mit den Verteilerkästen auch im Bereich der Elektromobilität Ladesysteme zu installieren, die genutzt werden könnten, wenn keine Veranstaltungen stattfinden.

Bürgermeister Hoffeld sagt zu, diese gute Anregung zwecks Prüfung an die Stadtwerke Merzig weiterzugeben.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Mittelbereitstellung im Vorgriff auf den Haushalt 2021 für die notwendige Instandsetzung und Ertüchtigung der Stromversorgung auf dem Parkplatz der Stadthalle.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

33	0	0
----	---	---

6 Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen Kiga-Jahr 2020/21

2020/408-001
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld führt aus, dass die Verwaltung nach der Verordnungsänderung auf Landesebene vorschläge, auch in Merzig die Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen zu senken. Dies sei sicherlich eine sehr gute Nachricht für die Eltern. Von Seiten der Elternausschüsse habe es keine Einwände gegeben. Es habe Corona bedingt keine Vorberatung gegeben. Dennoch hoffe er heute auf eine breite Zustimmung.

Ratsmitglied Boos (CDU) erklärt wörtlich: „750.000 € Entlastung für Eltern gilt es zu befürworten. Familien und Kinder sollten uns am Herzen liegen. Um die Jahrtausendwende haben wir in Merzig den Familienpass eingeführt. Dies war mit vielen Erleichterungen und freiwilligen Leistungen zu Gunsten der Merziger Bürgerinnen und Bürger verbunden. Merzig war dadurch – auch im Bereich der Elternbeiträge, die für seine Kindertageseinrichtungen fällig wurden – Vorreiter in Sachen Entlastung. Vor einigen Monaten haben wir in diesem Rat schon einmal über dieses sensible Thema gesprochen. Damals ging es um die landesweite Reduzierung der Beiträge und deren Umsetzung in Merzig. Da wir hier vor Ort bereits vor der Senkung auf dem Nachsenkungsniveau des Landes lagen, blieb uns, da wir unsere Sparvorgaben und die Richtlinien des Saarlandpaktes einhalten mussten, nicht viel anderes übrig, als das Niveau durch Nichtabsenken konstant zu halten, damit anzupassen und ein kreisweit ähnliches Niveau zu erreichen. Nicht nur mir hat das einiges an Kopfzerbrechen bereitet. Aber dies war damals der einzige und richtige Weg. Das Land senkt nun schrittweise den zulässigen Elternanteil von 25 Prozent im Jahr 2018/19 bis auf 12,5 Prozent 2023/24 ab. Im Gegenzug dazu erhöht das Land den Personalkostenzuschuss. 2020/21 sinkt der Elternanteil der Fachpersonalkosten von 21 auf 17 %. Es wird zusätzlich mit hoher Auslastung der Einrichtungen gerechnet. Insgesamt werden die Merziger Eltern somit im Jahr 2020/21 um ca. 750.000 € entlastet, wenn der Rat der Vorlage zustimmt. Die Mindereinnahmen werden durch das Land ausgeglichen. Jede Investition in Familien, Kinder und Bildung zahlt sich aus. Ich persönlich freue mich sehr, da dieses Thema für mich eine Herzensangelegenheit ist. Familien mit Kindern zu entlasten, indem man Bildung und Betreuung günstiger macht, ist richtig investiertes Geld. Wir als CDU-Fraktion haben immer diese Meinung vertreten und werden dies auch, wo es irgendwie finanziell möglich ist, weiter forcieren. Folglich bitten wir darum, der Vorlage der Veraltung zuzustimmen.“

Ratsmitglied D’Auria (SPD) führt wie folgt aus: „Heute ist ein guter Tag für alle Eltern in den Merziger Kindertageseinrichtungen! Wir werden die Kita-Gebühren absenken können und somit unsere Familien stark entlasten. Für uns als SPD-Fraktion ein Herzensthema und ein wichtiger Schritt zu mehr Bildungsgerechtigkeit in der frühkindlichen Bildung. Mit dem neuen „Gute-Kita-Gesetz“ werden bis 2022 die Kita-Gebühren halbiert. Dank der neuen Geschwisterregelung werden seit dem letzten Jahr alle kindergeldberechtigten Kinder einer Familie bei der Höhe des Kitabeitrags berücksichtigt. Das bedeutet, für das zweite Kind reduziert sich der Beitrag um 25 %, für das dritte um 50 %, für das vierte um 75 % und das fünfte Kind kann schließlich sogar beitragsfrei betreut werden. Die Eltern mussten bisher maximal 25 % der Personalkosten zahlen. In Merzig lag dieser sog. Deckungsgrad im letzten Jahr bereits nur bei 21 %. Das wäre auch der Wert gewesen, auf den die Beiträge abgesenkt werden sollten. Allerdings fand auch keine Erhöhung der Beiträge wegen tariflicher Anpassungen statt. Im zweiten Schritt nun werden auch in Merzig die Beiträge auf 17 % gesenkt. Das bedeutet zum Beispiel: Eine Familie, die bisher für einen Kindergartenplatz für das erste Kind 107 Euro zahlen musste, zahlt nun ab dem 01.08.2020 nur noch 78 Euro. In der Tagesstätte verringert sich der Beitrag von 202 Euro auf 147 Euro und in der Krippe von 331 € auf 242 €.

Das wird eine merkliche Entlastung für die Eltern sein. Im nächsten Jahr wird dann in einem weiteren Schritt eine Absenkung auf 13 % folgen, bis schließlich zum Kitajahr 2022 die Beiträge (12,5 %) halbiert werden. Neben der Senkung der Kita-Gebühren wurden auch Verbesserungen in Bezug auf die Qualität und bei den Ausbildungskapazitäten für Erzieherinnen und Erzieher erzielt. Hier entstand im letzten Jahr ein neuer Ausbildungsstandort am BBZ in Merzig. Der Standort wird gut angenommen und bietet eine wohnortnahe Ausbildung an. An dieser Stelle auch ein Kompliment an Herrn Heinrich, den Schulleiter und sein Team am BBZ, die mit viel Engagement den neuen Ausbildungsgang aufgebaut haben. Die SPD-Stadtratsfraktion begrüßt die oben genannten Schritte ausdrücklich und findet es gut, wenn ein weiterer Schritt zur Entlastung der Eltern heute beschlossen werden kann. Wir möchten es aber auch nicht versäumen, heute Danke zu sagen. Ein herzliches Dankeschön an die Pädagoginnen und Pädagogen in unseren Kitas, die in den letzten Wochen der Corona-Pandemie eine hervorragende Arbeit geleistet haben. Wir stimmen der Vorlage natürlich sehr gerne zu.“

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt, dass seine Fraktion vieles von den Ausführungen der Vorredner unterstreiche. Auch für die Grünen-Fraktion sei dies ein wichtiger Schritt. Sie habe in der Vergangenheit immer wieder darauf hingewiesen, dass es gerade in den Bereichen Familien und Bildung falsch sei, Gebühren zu erhöhen. Die Grünen hätten im Haushaltsplan immer Erhöhungen abgelehnt. Er erinnere auch an die Grünen-Resolution zur Abschaffung der Kindergartenbeiträge, was kurze Zeit später durch die Landesregierung durch die gesamte gesellschaftliche Diskussion aufgegriffen worden sei. Heute sei ein Tag, an dem man sehe, dass es in die richtige Richtung gehe. Er wünsche sich, dass in Zukunft noch stärker Familien und Kinder finanziell begünstigt werden. Familie und Bildung seien die Zukunft. Dort gelte es zu investieren und nicht in Dinge, die nicht nachhaltig seien.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt zur Anpassung der Elternbeiträge für städtische Kindertageseinrichtungen zum Kindergartenjahr 2020/21 die Änderung der Gebührensatzung zur Satzung für Kindertageseinrichtungen in der Kreisstadt Merzig.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

7 Änderung der Satzung für Kindertageseinrichtungen in der Kreisstadt Merzig **2020/462**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Ney (SPD) erklärt, dass es gerade in der heutigen Zeit nicht einfach sei, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Für viele Berufstätige sei es deshalb wichtig, dass einige Kitas in Merzig Randöffnungszeiten anbieten. Dadurch, dass die Entscheidung über Einführung, aber auch Beendigung solcher individueller Öffnungszeiten in den Fachausschuss verschoben werde, könne schneller und individueller reagiert werden. Ein weiterer wichtiger Punkt, den sie nennen wolle, sei die Änderung der Ferienregelung. Die jetzige Ferienregel, dass die eine Hälfte der Kitas in den ersten drei Wochen und die andere Hälfte in den letzten drei Wochen der Sommerferien schließe und damit die Nachmittagsbetreuung immer in den letzten drei Wochen nicht stattfinde, bringe insbesondere im nächsten Jahr erhebliche Probleme mit sich. Die Sommerferien würden sich immer weiter nach hinten in den Juli/August verschieben. So könne es vorkommen, dass Eltern teilweise sechs Wochen Ferien überbrücken müssten. Um diese Probleme nicht aufkommen zu lassen und die Eltern zu

entlasten, sollten ab dem kommenden Jahr alle Kitas in den letzten drei Ferienwochen schließen, so dass die Eltern nur maximal drei Wochen überbrücken müssten. Davon würden Eltern profitieren, deren Kinder vom Kindergarten in die Grundschule wechseln. Das Kita-Krippenjahr ende am 31. Juli und die Kinder könnten ab dem 1.8. direkt in die Freiwillige Ganztagschule zur Eingewöhnung wechseln. Eine gute Lösung für alle. Daher stimme die SPD-Fraktion der Änderung zu.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Änderung der Satzung für Kindertageseinrichtungen der Kreisstadt Merzig.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	0

8 Auflösung des Vertragsverhältnisses mit dem Zertifizierer "Naturland"; Antrag der CDU-Stadtratsfraktion **2020/484**
ungeändert beschlossen

Bürgermeister Hoffeld verweist auf den vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion. Bezug nehmend auf den Antrag und die Beratung im Hauptausschuss solle die Zertifizierung nach Naturland aufgehoben und nur noch nach FSC-Standard zertifiziert werden. Dies sei im Übrigen auch die Empfehlung des externen Gutachters Heuer gewesen, der den Forstbetrieb vor einigen Monaten untersucht habe. Entsprechend sollte der Beschlussvorschlag so aussehen, dass zukünftig nach dem FSC-Standard zertifiziert werden solle und die Kreisstadt Merzig Naturland aufgeben.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) bezieht sich auf die ausführliche Diskussion im Hauptausschuss. Er stellt klar, dass es nicht darum gehe, eine „Lex Mühlental“ zu beschließen. Das Thema sei lediglich auf der Grundlage der Situation im Mühlental, durch die daran erinnert worden sei, was die Beschlüsse des Rates bedeuten, aufgegriffen worden. Der Bürgermeister habe bereits darauf hingewiesen, dass der von der Stadt beauftragte Gutachter in seinem Gutachten vor fast zwei Jahren bereits dem Stadtrat gutachterlich bescheinigt habe, dass es nicht notwendigerweise so sein müsse, dass man in drei Zertifizierungsverfahren gleichzeitig vertreten sei. Die Kündigung von Naturland bedeute nicht die Aufgabe unserer ökologischen Waldbewirtschaftung. Dies bleibe das gemeinsame Ziel dieses Rates. Der Antrag sei nicht darauf ausgerichtet worden, dies in Frage zu stellen. Es gehe lediglich darum, Rahmenbedingungen zu schaffen, die in der Summe dazu führten, dass solche Dinge, wie im Mühlental, nicht unbedingt sein müssten. Insofern gebe es schon ein Bindeglied, aber es sei nicht die Motivation der CDU-Fraktion. Ferner sei ihm wichtig für die CDU-Fraktion auszudrücken, dass es sich um keine ökonomische Entscheidung handele, sondern eine an der Sache orientierte Entscheidung. FSC sei ein gutes Zertifikat. Seiner Auffassung nach werde dadurch nicht die ökologische Waldwirtschaft in Frage gestellt. Insofern bitte er den Rat herzlichst um Zustimmung.

Ratsmitglied Manfred Klein (SPD) erinnert daran, dass die SPD-Fraktion in der letzten Hauptausschusssitzung einen Vertagungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt und dem Antrag der CDU-Fraktion gestellt habe. Es sei zeitnah ein strukturierter und verbindlicher Ablauf der Kündigung von „Naturland“ und für eine Neuzertifizierung nach FSC erarbeitet und in die heutige Beschlussvorlage eingearbeitet worden. Dafür wolle er der Verwaltung danken

und ihr ein Lob aussprechen. Es gebe keinen verbindlichen Termin, aber das Versprechen und die positive Einstellung, dass die heutige Beschlussfassung sofort auf den Weg gebracht werde. Es dürfe kein Vakuum entstehen zwischen der Kündigung und der Neuzertifizierung. FSC habe denselben Standard wie Naturland. Es handele sich – wie Ratsmitglied Manfred Klein von der CDU bereits erwähnt habe – um eine grundsätzliche Entscheidung. Die SPD-Fraktion habe den Wunsch, dass in Zukunft Referenzflächen nicht unbedingt im Bereich von Premiumwanderwegen oder in touristisch sehr stark frequentierten Gebieten ausgewiesen werden. Dies sollte man aus dem konkreten Beispiel lernen. Insgesamt stellten die Referenzflächen im Mühlental 0,4 Prozent der gesamten Referenzflächen des Merziger Stadtwaldes dar. Somit verschwindend gering. Das Lagern und die geordnete Entnahme der im Mühlental gefällten Bäume könnten somit dann umgehend abgestimmt und veranlasst werden. Die SPD-Fraktion stimme im Ergebnis beiden Punkten der Verwaltungsvorlage zu.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt wie folgt: „Nur ca. 4% des deutschen Waldes weisen wirklich naturnahe Verhältnisse auf. Durch den laufenden Klimawandel gerät der Rest, also die Kunstforsten, unter massiven Stress. Anstatt zu überlegen, wie man den kranken Wäldern den größtmöglichen Schutz zukommen lässt, denken einige nur daran, wie man diesen noch stärker und effizienter nutzen kann. Eine sehr kurzsichtige Einstellung, als gäbe es kein morgen! So auch der Antragsteller, der den Wald nach wie vor vorrangig als Nutzungsquelle sieht. Mit einer Senkung der Bewirtschaftungsstandards will man die Nutzung weiter optimieren. Wenn man sich dann noch auf ein Gutachten beruft, das die jüngsten Entwicklungen ausblendet, so den Klimawandel, die Biodiversität und die Erholungsfunktion, sondern – so war der Auftrag - klassische Forstwirtschaft und nicht Waldpflege zum Ziel hat, offenbart sich die ganze Dramatik des politischen Vorstoßes des Antragstellers. Im Zusammenhang mit dem Gutachten ist eines bemerkenswert und zugleich entlarvend. Man sucht sich das aus, was einem gefällt und vermeidet das, was einem nicht gefällt. Der Gutachter hatte ein zentrales Thema, nämlich die massiven Schäden durch hohe Wildbestände, als vorrangiges Problem der notwendigen Walderneuerung im Stadtwald ausgemacht und er forderte zeitnahe, drastische Konsequenzen. Dazu, Schweigen im Walde. Man könnte hier den Eindruck gewinnen, dass einige Personen auf dem Jägerauge blind sind. Welches Problem hat der Antragsteller mit dem Naturlandzertifikat, das er bisher immer zur Merziger Waldwerbung hochgehalten hat? Eine Naturlandzertifizierung steht der freien Wahl der Betriebsmittel, den Freiheiten bei der Aufforstung, einem höheren Wildbestand für bessere Jagderlebnisse etc. entgegen. Deshalb will sich der Antragsteller von diesem Korsett befreien. Er will FSC-Standard. Übrigens, nach der Überprüfung von FSC durch namhafte Studien (z.B. Universität Eberswalde) sind teilweise nicht zertifizierte Wälder öfter naturnäher als solche, die durch FSC bewirtschaftet werden. Das einzige, was man vermutlich wirklich will, sich aber nicht traut dies zu sagen, ist weniger Waldschutz, weniger Walderholung, mehr Jagdhobby und mehr Möglichkeiten, Großmaschinen einzusetzen. In einer Zeit des Biodiversitätsschwundes, des besorgniserregenden Gesundheitszustandes der Wälder und der steigenden Erholungsnutzung einfach nur eine Politik von vorgestern. Dies ist aus Grüner Sicht und auch aus Sicht der umweltsensiblen Bevölkerung unverantwortlich. Und was hat die „AG Leitbild Wald“ erarbeitet? Ich zitiere auszugsweise: Die Zertifizierungen und die Referenzflächen sollen bleiben. Also, dies zeigt einmal mehr die Bedeutung von Arbeitsgruppen, ich würde mal sagen, auch das war alles für die Katz. Eine Frage noch an die Verwaltung. Wie kommt diese dazu anzumerken, dass der Ausstieg aus Naturland bzw. die damit verbundene andere Bewirtschaftung keine Auswirkungen auf den Klimaschutz hätte? Diese Frage bitte ich zu beantworten. Insofern beantragen wir, die Naturland und FSC-Zertifizierung beizubehalten, damit wir weiter Premium anstatt nur noch Standard mit Glaubwürdigkeitsverlust haben. Wie schon erfolgreich praktiziert, für das Mühlental ersatzweise eine andere Referenzfläche auszuweisen. Das Mühlental auf Grundlage § 20 Saarländisches Waldgesetz als Erholungswald auszuweisen.

Bürgermeister Hoffeld antwortet auf die Frage, wie die Verwaltung dazu komme anzumerken, dass der Ausstieg aus Naturland keine Auswirkungen auf den Klimaschutz hätte, dass die Stadt auch weiterhin schonend mit dem Wald umgehen werde, unabhängig davon, wie er

zertifiziert sei.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler dankt der Verwaltung für den zeitnahen, konstruktiven Beschlussvorschlag. Er plädiert für einen ehrlichen und fairen Umgang mit dem Thema. Zu einigen Anmerkungen des Vorredners wolle er Stellung nehmen bzw. diese aus Sicht der CDU-Fraktion nicht so stehen lassen. Mit Blick auf die Formulierung „kranke Wälder“ könne man sicherlich nicht behaupten, dass alles, was im Rahmen, auch aufgrund des Klimawandels von statten gehe, mit gesunden Bäumen einher gehe. Dass der Wald lediglich als Nutzungsquelle diene, wolle er ausdrücklich von sich weisen. Es sei mehr Zuwachs als Nutzen zu zeichnen. Vollkommen von der Hand zu weisen sei der Vorwurf einer klassischen Forstbewirtschaftung von vor hundert Jahren. Die Kreisstadt behalte schließlich eine Zertifizierung, nämlich nach FSC. Er empfinde es auch als sehr unfair, wenn man die Behauptung aufstelle, Naturland sei das Allheilmittel und FSC beinhalte die klassische Waldbewirtschaftung. Denn wer stecke hinter FSC? Dies seien der BUND, der Nabu, der WWF, Robin Hood. Diesen Organisationen, die hervorragende Arbeit im Naturschutz leisten, vorzuwerfen, dass sie den Naturschutz nicht im Blick hätten, sei in aller Schärfe zurückzuweisen. Im Zuge dessen zu behaupten, dass Merzig kein Premium habe: die vier Genannten hätten bewiesen, dass Premium-Natur auch hinter diesem Namen stecke. Es werde deshalb keine klassische Waldbewirtschaftung oder weniger Waldschutz geben, diese Behauptung liege seines Erachtens vollkommen daneben. Die FSC-Zertifizierung gelte selbstverständlich für den gesamten städtischen Wald. Die CDU-Fraktion wolle einen bürgernahen Wald haben und sehe am Beispiel des Mühlentals, aber auch an anderen Stelle, dass wir einen Bürgerwald mit verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten haben. Deshalb stehe die CDU-Fraktion nach wie vor hinter diesem Bürgerwald, hinter einer naturnahen Waldbewirtschaftung und deshalb begrüße er die Arbeit der Verwaltung. CDU-Fraktionssprecher Auweiler wirbt dafür, dem Antrag seiner Fraktion zuzustimmen.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) weist darauf hin, dass ein FSC-Produkt nicht nach den gleichen Kriterien wie bei Naturland weiterverarbeitet werde. FSC-Holz dürfe auch mit 30 Prozent nicht zertifiziertem Holz gemischt werden. Die Vermarktungsmöglichkeiten seien demzufolge weniger effektiv als eine Premium-Vermarktung. Die Stadt gebe ein Zertifikat mit einer wesentlich höheren Qualität her, nicht nur in der Produktion bzw. in der Waldwirtschaft, sondern auch in der Weiterverarbeitung. FSC sei da kein geschlossenes System. Es sei nicht ganz korrekt, dass alle Naturschutzverbände dieses unterstützen. Mit FSC werde die Zertifizierung nicht mehr erstklassig, sondern zweitklassig sein. Er bitte den Bürgermeister um eine Information: er wisse, dass die Flächen relativ klein seien und Merzig einer der Pioniere gewesen sei. Hier würden so langsam die Spuren des Vorgängers verwischt. Der Bürgermeister könne ja mal bei den Kommunen Berlin, München, Köln, Düsseldorf und Saarbrücken nachfragen, wie diese zu der Entwicklung stünden.

Der Vorsitzende entgegnet an die Adresse des Vorredners, dass am Ende der Stadtrat darüber entscheide. Es liege der Antrag einer Fraktion vor und es habe Beratungen in einer Arbeitsgruppe gegeben. Mit Blick auf die aufgeführten Städte sei auffallend, dass nur ein kleiner Teil im Saarland diese Zertifizierung nutze.

Fachbereichsleiter Gasper ergänzt, dass es insgesamt 28 Betriebe gebe, die dieses Zertifikat nach Naturland nutzen. Es seien rd. 58.000 Hektar, während rd. 1,3 Mio. Hektar (öffentliche Betriebe, Forstverwaltung) das FSC-Zertifikat nutzen. Wie der Wald bewirtschaftet werde sei – unabhängig von der Zertifizierung – Entscheidung des Stadtrates und nicht eines Zertifizierers. Wenn der Stadtrat heute beschließe, dass der städtische Wald über jegliche Standards hinaus bewirtschaftet werden soll, werde die Verwaltung diesen Beschluss umsetzen.

Grünen-Fraktionssprecher Borger erklärt: „Als unsere Fraktion im Frühjahr 2013 auf die möglichen Probleme einer Ausweisung einer Referenzfläche im Mühlental schriftlich hingewiesen hatte, wurde dies mit dem bekanntem Neinsagerreflex der GroKo im Ausschuss abgelehnt.“

Zur Erinnerung: Die damalige Referenzfläche in der ehemaligen Abteilung 11 in Schwemlingen (Anmerkung der Verwaltung: die Abteilung 11 befindet sich in Bietzen) sollte wegen forstwirtschaftlichem Interesse aufgegeben werden und stattdessen durch die Flächen im Mühlental ersetzt werden. Was will man nun? Man nutzt das völlig unnötige Waldmassaker im Mühlental, um den gesamten Stadtwald auf Standardbewirtschaftung zurückzufahren. Wie diese aussieht, kann man eindrucksvoll in den Nachbarrevieren und einigen Nachbargemeinden bewundern. Man will jetzt nur noch eine „Standard-Zertifizierung“. Ist dem Antragsteller, der CDU, das ein Mehr von 600 Euro im Jahr wert? Für die CDU mag man dies verstehen, aber die SPD kann dies doch nicht unterstützen. War das Naturland-Wald-Projekt doch das Kind des ehemaligen OB. Low Tech – High Nature war das Motto der Expo 2000, das nahtlos in das Konzept der sog. Naturwaldwirtschaft überging. Wir als Grüne-Fraktion wollen mehr Waldschutz, mehr naturgebundene Walderholung in gesunden Wäldern mit hoher Ästhetik. Was wir nicht wollen, ist mehr Waldnutz mit den drastischen Bildern, die unsere Wälder zunehmend schädigen und verunstalten. Also noch einmal. Wir beantragen, die Naturland- und FSC-Zertifizierung beizubehalten. Die beiden übrigen Anträge habe ich bereits erwähnt.“

Ratsmitglied Weiten (Grüne) stimmt dem Bürgermeister zu, dass im Saarland lediglich zwei Kommunen nach Naturland zertifiziert sind. In der Bundesliga sei gar kein saarländischer Verein vertreten. Vorliegend seien zwei Kommunen in der Bundesliga vertreten und Merzig steige freiwillig in die zweite Liga ab.

Ratsmitglied Spanier (Linke-Fraktion) erklärt, dass sie weder der Verwaltungsvorlage noch den bisherigen Redebeiträgen entnehmen könne, warum Merzig die Zertifizierung ändern solle. Sie bittet um Aufklärung, warum die Zertifizierung nach Naturland aufgegeben werden solle.

Fachbereichsleiter Gasper erklärt in Kurzfassung die Unterschiede zwischen Naturland und FSC. Dem Gutachter sei aufgefallen, dass die Stadt Merzig sich mit drei Zertifikaten selbst binde. Naturland und FSC würden von der Grundrichtung her dieselben Ziele verfolgen. Er hebt nochmals hervor, dass die Frage der Zertifizierung von der Frage der Waldbewirtschaftung zu trennen sei. Die Stadt habe sich zu einem sehr frühen Zeitpunkt zu einer naturnahen Waldbewirtschaftung entschieden. Ob und inwiefern der städtische Wald naturnah bewirtschaftet werde, darüber mag es unterschiedliche Auffassung geben. Ziel sei es jedoch, diesen Weg weiter zu beschreiten.

Ratsmitglied Spanier (Linke-Fraktion) entgegnet, dass sie die Unterschiede der Zertifizierungen durchaus verstanden habe. Ihr sei dennoch unklar, warum die Stadt das Zertifikat mit dem höchsten Standard aufgeben sollte und welcher Vorteil damit verbunden sei. Sie sehe kein Argument, dieses Zertifikat aufzugeben, und könne daher der Beschlussempfehlung nicht zustimmen.

Fachbereichsleiter Gasper schildert das Beispiel, dass ein nicht mehr verkehrssicherer Baum auf einer Referenzfläche steht. Im Falle von Naturland müsse man sich (ausgenommen akute Gefahren) zunächst mit dem Zertifizierer in Verbindung setzen, damit man diesen Baum fällen dürfe. Bei FSC sei es so, dass dieser Baum gefällt werden dürfe, ohne zuvor eine Genehmigung einzuholen. Dies sei natürlich auch für den städtischen Forstbetrieb in der Praxis eine wesentliche Erleichterung.

Der Bürgermeister verweist auf die Arbeitsgruppe „Forst“, die mehrfach getagt und sich mit dieser Frage auseinandergesetzt habe, sowie auf das Forstgutachten eines externen Gutachters.

Grünen-Fraktionssprecher Borger fragt für den Fall, dass das Betriebsmodell nach Kündigung weitergeführt werden soll, ob im Stadtwald Merzig in Zukunft Holzvollerntemaschinen eingesetzt werden, die bisher nicht eingesetzt worden seien.

Der Vorsitzende verweist auch bei dieser Frage auf die AG Forst. Im Übrigen wisse er nicht, wie der Stadtrat entscheide.

Beschluss:

- Der Stadtrat lehnt folgende Änderungsanträge der B90/Die Grünen-Stadtratsfraktion ab:
- die Naturland- und FSC-Zertifizierung beizubehalten (7 Ja-, 23 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)
 - für das Mühlental ersatzweise eine andere Referenzfläche auszuweisen (7 Ja-, 21 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen)
 - das Mühlental gemäß § 20 SWaldG als Erholungswald auszuweisen (7 Ja-, 18 Nein-Stimmen, 8 Enthaltungen).

Der Stadtrat beschließt, die städtischen Waldflächen im Rahmen einer Einzelzertifizierung schnellstmöglich nach dem FSC-Standard zertifizieren zu lassen. Künftig sollen keine Waldteile als Naturentwicklungsflächen ausgewiesen werden, die eine über das normale Maß hinausgehende Freizeitnutzung aufweisen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
24	7	2

9 Abschluss eines Durchführungsvertrages im Stadtteil Merzig

2020/500
ungeändert beschlossen

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Weiten (Grüne) erklärt Fachbereichsleiter Bies, dass es eine Vorgabe an den Investor hinsichtlich einer Nistgelegenheit insbesondere für Mehlschwalben gegeben habe, die dieser bereits umgesetzt habe.

Ratsmitglied Temmes (Grüne-Fraktion) merkt mit Blick auf den Durchführungsvertrag (Teil 2, § 3 Erschließung) an, dass im letzten Satz das Wort „Bodenordnung“ seiner Ansicht nach durch „Bodenrodung“ zu ersetzen sei. Er bitte darum, dies zu ändern.

Hinweis der Verwaltung: Der Begriff „Bodenordnung“ ist an dieser Stelle korrekt.

Beschluss:

Dem Abschluss des Durchführungsvertrags in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

10 Vorhabenbezogener Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan "Wohnbebauung Merchinger Straße 9-11" in

2019/225
ungeändert beschlossen

Beschluss:

1. Dem Abwägungsvorschlag der im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB (Baugesetzbuch) sowie der Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB zur Planung eingegangenen Stellungnahmen wird zugestimmt und
2. der vorhabenbezogene Bebauungsplan mit Vorhaben- und Erschließungsplan wird als Satzung gem. § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen. Die Begründung wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

11 **Aufstellung der Ergänzungssatzung "Zum Saargau" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Büdingen; hier Satzungsbeschluss** **2020/422**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Temmes (Grüne-Fraktion) verweist auf die Vorbemerkung der Satzungs begründung, wonach die Kreisstadt Merzig beabsichtige, ein Einfamilienhaus zu schaffen, und auf eine Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt und Arbeitsschutz. Aus dortiger Sicht er scheine die Festsetzung einer Grundfläche von 200 qm für ein Einfamilienhaus absolut über dimensioniert. Dies sei aus seiner Sicht korrekt. Wenn man nämlich die beiden Grundstücke, die Parzellen 11 und 13, pro Grundstück mit 200 qm dreigeschossig bebauen dürfe, habe man 400 qm auf einem Grundstück, bei zwei Grundstücken seien es 800 qm. Dies sei da mals unter dem Titel „Einfamilienhaus“ gelaufen. Daher wiederhole er seine damalige Inter vention. Er habe zwei Unterlagen dabei: einmal die Satzung als Vorentwurf und einmal die Satzung als Planentwurf zur Verabschiedung. Im damaligen Vorentwurf seien richtigerweise auch Bezeichnungen enthalten für bauliche Nutzung und vor allem „Mischgebiet“; d.h. die neuen Grundstücke sollten einem Mischgebiet zugeordnet werden. Dies sei korrekt, da die Ortslage Büdingen zu dreiviertel ein Mischgebiet darstelle. Auf der jetzigen Vorlage sei ledi glich ein kleiner Hinweis im Text, den er eingangs vorgelesen habe. Aber wichtig daran sei, dass die Grundfläche den Anteil des Grundstücks beschreibe, der von den baulichen Anla gen überdeckt werde. Auf maximal 300 qm Grundfläche sei das Wohngebäude jetzt inklusive Zufahrten, Stellplätzen und Nebenanlagen zulässig. D.h. das Wohngebäude werde gebaut, der Parkplatz und die Straße gehörten dazu. Je Wohngebäude seien maximal zwei Wohnun gen zulässig. Es seien immer noch, da es sich um zwei Grundstücke handele, zwei Wohn häuser zulässig. Vor diesem Hintergrund könne man seiner Ansicht nach der Angelegenheit nicht zustimmen. Der Plan, der jetzt vorliege, enthalte keine Bezeichnung mehr, dass es sich um ein Mischgebiet handele. Dies sei in der ursprünglichen Vorlage anders gewesen.

Fachbereichsleiter Bies verweist darauf, dass diese Aspekte bereits im Vorfeld geklärt wor den seien. Insofern verweise er auf die seinerzeit gegebene Antwort.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Weiten (Grüne-Fraktion), ob zwei Gebäude mit zwei Ge schossen oder lediglich ein Gebäude zulässig sei, erklärt Fachbereichsleiter Bies, dass ledi glich ein Gebäude vorgesehen sei. Im Übrigen verweise er auf die seinerzeit im Bauaus schuss gegebenen Erläuterungen.

Ratsmitglied Temmes (Grüne-Fraktion) merkt an, dass keine konkreten Maße festgelegt worden seien, wo gebaut werden dürfe und wie die Gebäude zu bauen seien. Er stelle fest, dass die Vorlage seines Erachtens in der vorliegenden Form nicht zustimmungsfähig sei.

Beschluss:

- a) Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen gemäß des Abwägungsvorschlags sowie die Übernahme des Abwägungsergebnisses in die Planung werden beschlossen.
- b) Die Ergänzungssatzung „Zum Saargau“ im Stadtteil Büdingen bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Textteil (Teil B) werden gemäß § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Die Begründung wird gebilligt. Der Satzungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	3	4

12

1. Teiländerung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan "Aldi-Filiale Merzig, Rieffstraße" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig;

2020/482

ungeändert beschlossen

Einleitung eines Satzungsverfahrens

Ratsmitglied Santo (Grüne) führt wörtlich aus: „Die Firma Aldi GmbH & Co.KG, die auch Grundstückseigentümerin ist, sieht vor, das vorhandene Verkaufsgebäude abreißen zu lassen und ein neues zu errichten. Ein neues Gebäude, das durch breitere Gänge dem Kunden mehr Bewegungsfreiheit bietet und auch ein größeres Sortiment aufweisen soll. Wirtschaftlich ist es natürlich sehr positiv, Arbeitsplätze werden erhalten und beschafft, Kaufkraft gesteigert. Für mich persönlich ist es jedoch ein Zugeständnis unserer Wegwerfgesellschaft. Eine Wegwerfgesellschaft ist eine Wohlstandsgesellschaft, in der Dinge, die wiederverwendet und/oder – nach einer Überholung, einer Reparatur o.ä. – weiterverwendet werden könnten, jedoch aus Überfluss, aus Bequemlichkeit o.ä. weggeworfen werden. Gerade wir Stadtratsmitglieder, vom Bürger in unser Amt gewählt, sollten nicht nur im Hier und Jetzt handeln, sondern auch für die Zukunft unserer Stadt. Für uns, unsere Kinder, die Kindeskinde usw. Mit welchem Beispiel gehen wir voran, wenn wir ohne zu hinterfragen alles „abwinken“? Wollen wir, in diesem Fall hier, unseren Kindern sagen: „Es ist in Ordnung ein Gebäude abzureißen, das noch völlig intakt ist.“ Was ist mit der Nachhaltigkeit – auch ein Wort, das langsam an Bedeutung verliert? Vielleicht könnte die Firma Aldi für und in Merzig ein paar Bäume pflanzen, obwohl sie Grundstückseigentümerin ist. Bitte verstehen Sie mich nicht falsch, auch ich gehe bei Aldi kaufen und möchte diese hiermit nicht boykottieren. Ich bitte lediglich darüber nachzudenken, ob ein 1000 qm großes intaktes Gebäude einfach so abgerissen werden sollte, um ein um 200 qm größeres errichten zu können, damit es dem Standard auf dem Papier entspricht.“

CDU-Fraktionssprecher Auweiler kündigt die Zustimmung der CDU-Stadtratsfraktion an. Man lebe in einer Sozialen Marktwirtschaft und natürlich könne ein Eigentümer auf seinem Grund und Boden entscheiden, wie er weiter mit seinem Gebäude umgehe. Die Aspekte in der Sitzungsvorlage würden aus Sicht der CDU-Fraktion eindrucksvoll zeigen, dass man sich weiterentwickeln wolle. Man wolle ein Gebäude errichten, was energetisch auf den neuesten Stand gebracht werde. Man wolle Solarenergie verwenden, um den Gebäudekomplex zu-

kunftsorientiert aufzustellen. Man wolle auch eine bessere Barrierefreiheit erreichen (Stichwort: Mütter mit Kinderwagen, Gehbehinderte). Alles in allem viele Punkte, die belegen, dass sich das Unternehmen weiterentwickeln wolle, und die zu einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes Merzig führen. Deshalb werde seine Fraktion der Vorlage zustimmen.

Grünen-Fraktionssprecher Borger bestätigt, dass auch er Aldi-Kunde sei und wir – wie von CDU-Fraktionssprecher Auweiler angemerkt - in einer Sozialen Marktwirtschaft leben. Der Stadtrat habe Verantwortung zu tragen, wohin Merzig sich zukünftig entwickle. In den Gremien sei oftmals diskutiert worden über das Für und Wider der Stärkung der Rieffstraße. Zuletzt habe es das Problem gegeben, dort Expert Müller anzusiedeln, was glücklicherweise nicht geschehen sei. Die Grünen hätten sich stets für die Stärkung der Innenlagen und nicht der Außenlagen ausgesprochen. In der Stadtratssitzung im Februar 2015 sei es um die Aufstellung des dortigen vorhabenbezogenen Bebauungsplans gegangen. Damals habe man sich auf das Einzelhandelskonzept berufen, das der Rat beauftragt und beschlossen habe. In diesem Konzept stehe. Er zitiere aus der Niederschrift über die Stadtratssitzung vom 26.02.2015: „Als ein wesentliches Ergebnis der Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes kann festgehalten werden, dass hinsichtlich der Erweiterungsabsichten der Discounter eine Verkaufsflächenobergrenze von 1.000 m² getroffen werden sollte. Bei einer darüber hinausgehenden Erweiterung auf die heute üblichen Betriebsflächengrößen von 1.200 m² könnte sich in der Gesamtbetrachtung ein deutlicher Wettbewerbsdruck auf verschiedene Versorgungslagen ergeben. Vor diesem Hintergrund ist zu empfehlen, eine noch deutlichere Erweiterung über 1.000 m² Verkaufsfläche erst zu einem Zeitpunkt zu prüfen, wenn die noch relativ neuen Nahversorgungsstandorte wie z. B. Netto (Torstraße) oder REWE in Brotdorf ihren Standort etabliert haben. Dementsprechend deckt sich die momentane Absicht zur Erweiterung der Verkaufsfläche der Aldi Filiale auf ca. 1.000 m² mit dem Ergebnis der Fortschreibung des Einzelhandelskonzept, welches der Stadtrat in seiner Sitzung am 17. Dezember 2014 beschlossen hat, als Grundlage bei künftigen planungsrechtlichen Entscheidungen anzuwenden.“ Dies sei im Moment der Stand, den er als Mandatsträger habe. Grünen-Fraktionssprecher Borger wirft die Frage auf, ob es ein Einzelhandelskonzept gebe oder nicht. Würden Beschlüsse gefasst oder würde alles – je nach Moment – passend gemacht. Er sage nochmals, dass er Kunde bei Aldi sei und auch die modernen Geschäfte kenne. Ihm gehe es nicht um einen Kampf gegen Soziale Marktwirtschaft. Für ihn sei entscheidend, wohin sich Merzig – insbesondere auch die Innenlagen – in Zukunft entwickeln.

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass sich der Netto-Markt in der Torstraße sowie der REWE-Markt in Brotdorf etabliert haben. Zwischenzeitlich habe sich sogar der Wasgau-Markt in Ballern etabliert, so dass aus Sicht der Verwaltung nichts dagegen spreche, der Beschlussempfehlung zu folgen.

Beschluss:

Gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 12 BauGB und § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. I S. 1748), wird die Einleitung des Verfahrens zur 1. Teiländerung des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „ALDI-Filiale Merzig Rieffstraße“ in der Kreisstadt Merzig im beschleunigten Verfahren beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
26	0	6

13

1. Teiländerung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes mit Vorhaben- und Erschließungsplan "Aldi-Filiale Merzig, Rieffstraße" in der Kreisstadt Merzig, Stadtteil Merzig; öffentliche Auslegung und Beteiligung der Behörden

2020/483
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Für die 1. Teiländerung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Aldi-Filiale Merzig Rieffstraße“ wird

1. der Entwurf gebilligt
2. die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und
3. die Beteiligung der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	0	2

14

Aufstellung des Bebauungsplans OD-Merzig-Los C; hier: Erneuter Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB

2020/498
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied D’Auria (SPD) weist darauf hin, dass heute nicht nur Erfreuliches auf der Tagesordnung stehe. Wörtlich erklärt er: „Es ist außerordentlich bedauerlich, dass die Kirchengemeinde dem Verkauf von wenigen qm Grundstück nicht zugestimmt hat und somit die Umsetzung einer wichtigen verkehrstechnischen Maßnahme verhindert: nämlich die Einbahnregelung in der Kreuzbergstraße. Darunter müssen Schüler, Eltern der Kreuzbergschule, aber auch Einwohner weiterhin leiden. Schade!“

Grünen-Fraktionssprecher Borger bedauert es außerordentlich, dass gerade die Kirche eine Optimierung der Verkehrssituation durch ihre Entscheidung verhindere. Es handele sich lediglich um ein paar Quadratmeter. Wenn man sich betrachte, was damit erreicht worden wäre. Er hätte sich an dieser Stelle eine ähnliche Intervention des LfS wie seinerzeit beim Kreis gewünscht, als erklärt worden sei, „wenn`s nicht so gebaut wird, dann wird gar nicht gebaut“.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) stellt vor dem Hintergrund, dass die übersandten Pläne nicht sehr lesbar gewesen seien, drei Fragen. Er will wissen, ob in dem besagten Bereich eine Ampelregelung vorgesehen sei, ob die Fußgängerampel an der jetzigen Stelle verbleibe und wie die Konzeption bei der relativ neuen Niederflurbushaltestelle aussehe (Umbau, Neubau, Verbleib oder Ersatz).

Fachbereichsleiter Bies antwortet, dass die derzeitige Fußgängerampel im Bereich Fellenberg in die 50 m entfernte Ampelanlage integriert werde. Die beiden übrigen Fragen müssten in den weiteren Verfahrensschritten geklärt werden.

CDU-Fraktionssprecher Auweiler kündigt die Zustimmung der CDU-Stadtratsfraktion an. In Rede stehe eine Verkehrsmaßnahme im Bereich der Fabrikstraße als Teilbereich des LOS C. Die CDU begrüße dies ausdrücklich, da dadurch das Gesamtpaket einen weiteren Schritt vollziehe. Es gehe darum, den Verkehrsfluss in Merzig zu verbessern. Die CDU-Fraktion

danke an dieser Stelle nochmals ausdrücklich dem Unternehmen V&B, das diese Möglichkeiten eröffne.

Ratsmitglied Temmes (Grünen-Fraktion) bittet im Falle einer Ampellösung mit Blick auf eine Wiederaufnahme des Betriebs der MBE-Strecke zu berücksichtigen, dass der Rückstau nicht auf die Bahngleise gelange.

Beschluss:

Der erneute Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB wird gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
29	0	3

-
- 15 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Wohnen am Gesundheit-Campus" Im Stadtteil Merzig der Kreisstadt Merzig; hier: Einleitungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB** **2020/499**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur Aufhebung des o.g. Bebauungsplans wird gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32	0	0

16 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Bürgermeister Hoffeld informiert, dass der Erste Beigeordnete Dieter Ernst sowie Ressortleiter Berthold Schreiner mit Wirkung zum 1. Juli 2020 in den Ruhestand eintreten. Beide seien aufgrund von Resturlaub nicht mehr im Dienst. Dieter Ernst werde aber noch die Bauausschusssitzung am 29. Juni 2020 leiten. Er danke an dieser Stelle nochmals beiden für ihr Wirken für die Kreisstadt Merzig.

Ferner informiert der Vorsitzende, dass der Haushalt 2020 der Kreisstadt Merzig zwischenzeitlich genehmigt worden sei. Er weise darauf hin, dass die Coronakrise natürlich auch finanzielle Auswirkungen auf die Kreisstadt Merzig haben werde. Momentan sei der finanzielle Ausfall aber noch nicht bezifferbar.

Ratsmitglied Temmes (Grünen-Fraktion) fragt nach einigen Baumaßnahmen und deren Bearbeitungsstand aus der Vergangenheit und überreicht eine schriftliche, bebilderte Ausfertigung seiner mündlichen Anfrage. Im Einzelnen geht es um die Ortsendtafel aus Schwemlin-

gen in Richtung Besseringen (dortiger verdeckter Standort bei der Ausfahrt), die Fahrbahnmulde in der Straße „Am Bausgarten“ im Bereich einer Schieberkappe auf Höhe des Hauses Nr. 3 sowie die Bushaltestelle Ripplingen nach der Erneuerung (Wasser bleibt immer noch im Einfahrtsbereich der Busse stehen – Spritzschutz?). Er überreicht der Verwaltung seine schriftliche Anfrage mit weiteren Maßnahmen mit der Bitte um Erledigung bzw. Rückmeldung.

Ratsmitglied Weiten (Grüne) merkt im Hinblick auf das Amtsblatt „Neues aus Merzig“ an, dass in der Ausgabe 22, in der über den Hauptausschuss berichtet werde, die Überschrift „Neues aus dem Merziger Stadtrat“ gewählt worden sei. Dies habe – auch wenn im ersten Satz eine entsprechende Erklärung enthalten sei – zu einigen Irritationen geführt.

Anmerkung der Verwaltung: Aufgrund der bestehenden Pandemiesituation hat der Stadtrat am 23.04.2020 beschlossen, alle dringenden, nicht aufzuschiebenden Angelegenheiten des Stadtrates auf den Hauptausschuss zu delegieren. Aus diesem Grunde hatte der Hauptausschuss am 19.05.2020 Beschlüsse gefasst, die ohne die o.g. Ausnahmeregel durch den Stadtrat gefasst worden wären. Insofern sollte die Bevölkerung durch die bekannte Überschrift (Wiedererkennungswert) darauf hingewiesen werden, dass vorliegend Entscheidungen getroffen wurden, die im Kompetenzbereich des Stadtrates liegen und insofern von Bedeutung sind. Die Formulierung „Neues aus dem Hauptausschuss“ hätte vermutlich ebenfalls Irritationen erzeugt oder ggfls. nicht das breite Interesse der Leser gefunden. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass durch den einleitenden (ersten) Satz Klarheit beim Leser erzielt wurde.

In der 24. KW habe Ratsmitglied Weiten (Grüne) den Bericht über die Aldi-Erweiterung in der Rieffstraße gelesen: „Nachdem sich der Merziger Ortsrat mit der Thematik befasst hat, soll der Merziger Stadtrat am 18. Juni die Einleitung des Verfahrens und die öffentliche Auslegung beschließen.“ Für einen Leien höre sich diese Formulierung an, als ob sich der Ortsrat bereits in der Vorwoche mit der Angelegenheit befasst habe.

Ferner weist er darauf hin, dass der TOP „Mitteilungen, Anfragen, Anregungen“ in der Hauptausschusssitzung am 19.05.2020 im nichtöffentlichen Teil behandelt worden sei, während dieser TOP im Stadtrat stets im öffentlichen Teil enthalten sei. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass es bisher im Hauptausschuss, der in der Regel nur nichtöffentliche TOP's enthalte, üblich war, diesen Tagesordnungspunkt am Ende des nichtöffentlichen Teils zu behandeln.

Ratsmitglied Borger erinnert an seine E-Mail, in der er um Beantwortung bittet, wie man Schäden an einer Referenzfläche in der Nähe der Biereiche durch Befahrung mit Großgeräten von Dritten ausschließen könne. Hier hoffe er auf eine Antwort. Ferner bittet er um Information, wie der aktuelle Stand im Hinblick auf die zwei Interessenbekundungsverfahren zum Wolfskrug und zum Haus Sonnenwald sei. Der Vorsitzende sagt Antworten der Verwaltung zur schriftlichen Anfrage sowie zum Interessenbekundungsverfahren Wolfskrug zu. Zum Haus Sonnenwald werde er im nichtöffentlichen Teil Informationen geben.

Ratsmitglied Santo (Grüne) weist nochmals auf den neuen Basketballplatz beim Wiesenhof hin. Der Basketballplatz stehe oftmals unter Wasser. Ihr sei fachmännlich erklärt worden, dass bei dauerhaftem Wasserschaden der Boden irgendwann irreparabel sei. Sie bittet daher um eine zeitnahe Instandsetzung.

Ratsmitglied Manfred Klein (CDU) berichtet von einem gemeinsamen Rundgang auf dem Bietzerberg mit den Ortsvorstehern des Bietzerberges und der Naturschutzbeauftragten vor einigen Wochen. Dabei habe die Naturschutzbeauftragte die Frage gestellt, ob es unbedingt notwendig sei, dass die Stadt das Begleitgrün an den Straßen zwei Mal im Jahr mähe. Das erste Abmähen führe dazu, dass die letzten Blühwiesen mit abgeerntet und somit den Bienen entzogen werden. Die Stadt könne sich bei dieser Gelegenheit noch Geld sparen, wenn sie lediglich im September einmal abmähe. Beispielfhaft nennt er den Bereich ab der Schutz-

hütte Bietzen in Richtung Wald, der ohnehin nur für Land- und Forstwirtschaft nutzbar und dem Autoverkehr entzogen sei. Insofern sei es sicherlich vertretbar, wenn man in diesem Bereich auf das erste Mähen verzichte.

Ratsmitglied Conrad (CDU) schildert ihre Beobachtungen auf dem Friedhof in Hilbringen im Bereich der Rasengräber, der aus ihrer Sicht sehr verwildert gewesen sei. Auf Nachfrage bestätigt Fachbereichsleiter Gasper, dass für die dortige Pflege die Stadtverwaltung zuständig sei.

Grünen-Fraktionssprecher Borger informiert über Hinweise eines Anwohners „Am Weißenfels“, wonach der Parkplatz Deuba für private Kart-Sport-Veranstaltungen genutzt werde, und bittet die Verwaltung um Überprüfung. Ressortleiter Jung erklärt, dass die Verwaltung Kenntnis darüber habe. Möglicherweise – dies sei jedoch noch nicht abschließend geklärt – handele es sich dabei um ein offizielles Kart-Rennen des Automobil- und Touringclub (ATC). Die Angelegenheit werde abschließend geprüft.

Ratsmitglied Santo (Grüne) bedankt sich beim städtischen Ordnungsamt. Eine Mitarbeiterin des KOD, die illegale Müllablagerungen an den Containerplätzen überwache, leiste tolle Arbeit.

Ratsmitglied Schuh (FWM/FDP-Fraktion) spricht die Reinigung des Sandes auf dem Spielplatz auf dem Schinderberg an. Zu der beauftragten Firma sei zu sagen, dass diese die Arbeiten zu einer unchristlichen Zeit (abends um 19 Uhr) durchgeführt habe, was mit erheblichen Lärmbelästigungen verbunden gewesen sei. Schlimmer sei jedoch, dass sie das aus dem Sand entfernte Laub einfach auf mehreren Haufen neben dem Sandplatz habe liegen lassen. Seiner Kenntnis nach liege es auch heute noch dort, obwohl die Arbeiten schon vor 14 Tagen erfolgt seien.